

LESERBRIEFE

Vorwärtskommen im ganzen Kanton

Der Entscheid des Regierungsrates und der Gemeinde Emmen für die Einführung von Tempo 30 bei der Gerliswilerstrasse in Emmen zeigt die fehlführende Verkehrspolitik in Luzern. Mit Tempo 30 und den geplanten Begründungen soll die Strasse aufgewertet werden, was ein berechtigtes Anliegen ist. Begründungen fördern die Aufenthaltsqualität, was dem lokalen Gewerbe sicherlich nützt. Das lokale Gewerbe braucht aber nicht nur Aufenthaltsqualität, sondern, einerseits geeignete Parkierungsmöglichkeiten und andererseits eine gute Erreichbarkeit. Diese beiden Argumente werden mit dem Projekt nicht ausreichend berücksichtigt. Sollten weniger Parkierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, so fordere ich einen gleichwertigen Ersatz im Quartier. Ich störe mich massiv

an den geplanten Einschränkungen für den Individualverkehr. Die Gerliswilerstrasse ist eine wichtige Hauptverkehrsachse, auf der Tempo 30 völlig fehlt am Platz ist. Dass der Regierungsrat immer mehr linksgrüne Verkehrspolitik in die kantonale Verkehrsplanung einfließen lässt, erachte ich als falsch. Luzernerinnen und Luzerner möchten wieder vorwärtskommen – egal mit welchem Verkehrsmittel. Ich fordere, dass der Regierungsrat nochmals über die Bücher geht und den Individualverkehr stärker berücksichtigt. Gemeinsam mit der Antistauninitiative der Jungen SVP hoffe ich, solche Entwicklungen mindestens im Wahlkreis Willisau zu verhindern.

Lucian Schneider, Willisau,
Co-Präsident JSVP Kanton Luzern



Der Vorstand (v.l.n.r.): Reto Schöpfer (Udligenswil), Jasmin Schwarz (Rothenburg), Marlis Roos (Romooos), Matthias Kunz, Präsident (Hergiswil), Martina Winiger (Wikon), Marco Studer, Hasle, Michèle Bucher (Luzern), Gaby Kolly, Geschäftsführerin, Römerswil. Foto zvg

Vorwürfe gegen Regime in der Asylunterkunft Marienburg

WIKON In der temporären Asylunterkunft Wikon sind in der Darstellung der Grünen Luzern Grundrechte von Ukraineflüchtlingen verletzt worden. Die Partei stützt sich bei ihren am Freitag publik gemachten Vorwürfen auf Beschwerden von Bewohnerinnen und Bewohnern.

In der im ehemaligen Kloster Marienburg eingerichteten Unterkunft können bis zu 200 Flüchtlinge untergebracht werden. Nach Angaben der Bewohnerinnen und Bewohner habe die Zentrumsleitung auf diese psychischen und finanziellen Druck ausgeübt, teilten die Grünen mit. Auch seien die Flüchtlinge offenbar nicht ausreichend über ihre Rechte und Pflichten informiert worden.

Kantonsrat Urban Frye (Grüne, Luzern) erklärte in seiner zu dem Thema eingereichten parlamentarischen Anfrage, dass die in Wikon geltenden Hausregeln und Sanktionslisten denjenigen von Erziehungsheimen aus dem letzten Jahrhundert ähnelten. In einer

Mitteilung zeigte er sich «schockiert» über den «offenbar rüden Umgangston» und die «fehlende Empathie» von Seiten der Behörden. Es müsse davon ausgegangen werden, dass der Kanton die Rechte der Betroffenen verletze.

Die Grünen stützen sich bei ihren Vorwürfen auf einen Beschwerdebrief von 26 Marienburgbewohnerinnen und -bewohnern von Anfang August. Sie veröffentlichten auch die Antwort der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen von Ende August.

Die Vorwürfe, dass willkürlich gehandelt und das Gesetz verletzt werde, «weisen wir entschieden von uns», erklärte die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen. Zudem erklärte sie, dass «der Status S weder eine Gleichstellung mit der Schweizerischen Bevölkerung noch eine Besserstellung anderen Asylsuchenden gegenüber bedeutet.»

Das zuständige Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern beantwortete am Freitag Fragen der Nachrichtenagentur Keystone-SDA zu den Vorwürfen nicht. Es begründete dies damit, dass diesbezüglich ein parlamentarischer Vorstoss hängig sei (der WB berichtet am Freitag). sda

Schreibende gönnen sich eine Auszeit

KANTON Der Gemeindeschreiber- und Geschäftsführerverband (GGV) wurde an der diesjährigen Generalversammlung von einem Teilnehmerrekord überrascht. Spürbar war die Freude, den gesellschaftlichen Austausch pflegen zu können und sich wieder treffen zu dürfen.

An der von der Gemeindeschreiberin Irene Arnold und Sabrina Vogel, Horw, perfekt geplanten Veranstaltung im Seehotel Sternen trafen sich die Kaderangestellten aller Gemeindeverwaltungen des Kantons Luzern. Präsident Matthias Kunz, Hergiswil, war hocherfreut über den Aufmarsch von über 130 Mitgliedern an der diesjährigen Generalversammlung des GGV. Traditionsgemäss treffen sich die Schreibenden jeweils am Vormittag jedes Jahr in einer anderen Gemeinde im Kanton Luzern. Gemeindepräsident Ruedi Burkhard, Horw, freute sich, die so wichtigen Leute der Luzerner Verwaltungen dieses Jahr in Horw willkommen heissen zu dürfen und stellte sein Horw in unterhaltsamen Worten kurz vor.

Neben den statutarischen Geschäften des Verbandes wird dem gegenseitigen Austausch und der Vernetzung

der Gemeindeschreiber/-innen und Geschäftsführer/innen viel Platz eingeräumt. Der Verband zählt aktuell 312 Mitglieder, welche entweder aktiv in einer Luzerner Gemeinde arbeiten oder früher als Kaderangestellte im Dienst einer Gemeinde standen. Im Vorstand wird darauf geachtet, dass Vertreter aus verschiedenen Regionen und verschiedenen gelagerten Gemeinden Einsitz haben. Nach neun Jahren Vorstandsarbeit hat Philipp Schärli, Gemeindeschreiber Buchrain, seine Demission erklärt. Als sein Nachfolger wurde Reto Schöpfer, Gemeindeschreiber und Notar Udligenswil, neu in den Vorstand gewählt. Weiter arbeiten neben dem Präsidenten Matthias Kunz im Vorstand Michèle Bucher, Stadtschreiberin Luzern, Martina Winiger, Geschäftsführerin Wikon, Jasmin Schwarz, Gemeindeschreiberin Rothenburg, Marco Studer, Gemeindeschreiber Hasle, und Marlis Roos, Gemeindeschreiberin Romooos, im Vorstand mit.

Aus- und Weiterbildung im Zentrum

Dem GGV ist die Aus- und Weiterbildung der Angestellten der Luzerner Stadt- und Gemeindeverwaltungen ein wichtiges Anliegen. Neben den bestehenden Angeboten wurde im vergangenen Jahr ein Kurs für Quereinsteigende organisiert, der kurz nach der

Ausschreibung bereits ausgebucht war. Weiter beschäftigen sich die Verbandsmitglieder mit den Änderungen im Erbrecht, welche im kommenden Jahr in Kraft treten werden. Besonders erwähnt wurden die hervorragenden Leistungen von Sarah Eiholzer, Gemeinde Ufhusen, und Salome Willmann, Gemeinde Oberkirch, an ihren Lehrabschlussprüfungen.

Eindrückliche Schifffahrt

Zum Treffenden der Schreibenden gehört jeweils ein Nachmittagsprogramm, welches als kleine Auszeit aus dem Berufsalltag geboten wird. Eröffnet wurde diese durch das Grusswort des Vorstehers des Kantonalen Justiz- und Sicherheitsdepartementes Regierungsrat Paul Winiker. Er würdigte die wichtige Arbeit der Schreibenden für die Gemeinden. Sie sind das rechtliche Wissen der Gemeinden.

Dieses Jahr durften die Versammlungsteilnehmer auf einem Extrakurs unter der künftigen Führung von Gemeinderat Hans Ruedi Jung die wunderschöne Gemeinde Horw vom See aus besichtigen. Beendet wurde die eindrückliche Schifffahrt um die Horwer Halbinsel wiederum am Ufer des Seehotels Sternen, welches im Eigentum der Korporation Horw steht und von Korporationspräsident Heiri Heer vorgestellt wurde. MR

BRIEF

aus dem Ständerat



Damian Müller
FDP, Hitzkirch

Unsere Welt steht Kopf: Das Machtgefüge zwischen Russland, China, USA und Europa verschiebt sich nachhaltig. Dass wir angesichts der drohenden Energiekrise unsere Abhängigkeit von

Machen wir die Hausaufgaben im Inland – jetzt

russischem Gas einfach durch eine neue Abhängigkeit – etwa von den USA – ersetzen, ist für mich keine Lösung.

Es braucht jetzt einen Investitionsschub in erneuerbare Energien, auch wenn das wirtschaftliche Umfeld für Investitionsprojekte nicht eben günstig ist: Die Zinsen steigen, die Gefahr einer Rezession wächst. Die Aussichten in der

Schweiz sind zwar etwas besser als im übrigen Europa, aber auch wir spüren die Auswirkungen. Dennoch haben wir die Mittel und das Know-how für diesen Investitionsschub.

Engagement in der Kommission für Revision der zweiten Säule

Angesichts der globalen Herausforderungen müssen wir jetzt unsere Hausaufgaben im Inland machen und die strukturellen Probleme lösen. In der Altersvorsorge wurde mit dem Ja zur AHV-Reform ein erster Schritt gemacht. Nun muss ein zweiter Schritt folgen mit der Anpassung der Parameter in der beruflichen Vorsorge, dem BVG, an die demografische Realität. Aktuell engagiere ich mich deshalb in der vorbereitenden Kommission des Ständerats als Vizepräsident für einen tragfähigen Kompromiss. Der heutige garantierte Rentenwandelungssatz – auf dem obligatorisch gebildeten Alterskapital müssen pro 100 000 Franken angespartem Alterskapital jährlich bis ans Lebensende 6800 Franken Rente pro Jahr ausgerichtet werden – ist seit Jahren zu hoch. Deshalb «zwacken» wir mit jeder weiteren Pensionierung etwas vom Alterskapital der Jüngeren ab, was unter dem Aspekt des Generationenvertrags nicht länger haltbar ist. Die

ser Rentensatz ist deshalb zu senken, was ohne Kompensationsmassnahmen jedoch zu Rentenkürzungen von bis zu zwölf Prozent führt, insbesondere für ältere Erwerbstätige. Zwei Eckwerte sind für mich deshalb entscheidend: Es darf erstens keine Einbussen geben für künftige Rentnerinnen und Rentner mit bescheidenen Renten. Zweitens dürfen die Gesamtkosten der Reform aber nicht ausufern, damit sie auch für die KMU-Wirtschaft sowie das Gewerbe und dessen Mitarbeitende mit häufig tieferen Löhnen verkraftbar sind.

Für die Beratung im Ständerat liegt eine gute Basis vor

Was unserer Kommission aus dem Nationalrat vorlag, war mehrfach ungenügend. Die Kommission hat deshalb gut daran getan, sich Zeit zu nehmen und das Geschäft nicht über das Knie zu brechen. Was jetzt für die Diskussion im Ständerat im Dezember vorliegt, ist eine solide Basis. Dank verschiedener Modifikationen wird die Zielsetzung der Erhaltung des Rentenniveaus auch für Erwerbstätige, die nicht mehr weit von der Pensionierung weg sind, weitgehend erreicht: Es wird keine gravierenden Renteneinbussen für Versicherte mit künftigen Renten unter 2000 Franken geben. Für letzte notwendige Kor-

rekturen zugunsten der Übergangsgeneration – betroffen sind vor allem auch Frauen – werde ich mich in der Wintersession aber nochmals einsetzen.

Zudem überzeugt der Vorschlag der Kommission auch anderswo noch nicht vollständig, damit die Revision auch vor dem Volk bestehen kann. Deshalb fordere ich mit einem Minderheitsantrag einen langfristig weniger weit gehenden Leistungsausbau, weil dieser gemäss Kommissionsmehrheit die Einkommen von Arbeitnehmerinnen mit tieferen Einkommen zu stark reduzieren würde und gleichzeitig zu hohen Kosten für KMU und Gewerbe bedeuten würde.

Strukturelles Problem im Energiebereich lösen

Einer inländischen Lösung harret auch ein anderer Brocken: Die Energiefrage. Als Folge der globalen Unsicherheit geht die Angst vor einem eisigen Winter um. Allerdings ist Hysterie fehl am Platz. Bereits in der Herbstsession haben wir Entscheidungen getroffen, die das Schlimmste verhindern sollen. Im Notfall soll ein Rettungsschirm grosse Energieversorger handlungsfäh halten. Stromunternehmen, die wegen der volatilen Energiepreise in einen Liqui-

ditätsengpass gelangen, können ein Darlehen des Bundes beanspruchen. Und im Ständerat haben wir das Gesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien vorgebracht.

Natürlich würde auch ich mir wünschen, schon jetzt absolute Sicherheit für die kommenden Monate zu haben. Trotzdem ist es wichtig, dass wir uns nicht zu stark nur von den Bedürfnissen des nächsten und übernächsten Winters leiten lassen. Wir haben ein strukturelles Problem im Energiebereich, das wir auch langfristig lösen müssen. Mit einer weiteren Vorlage wird deshalb die Versorgungssicherheit der Schweiz auch mittel- und längerfristig gestärkt. Mit der Verabschiedung des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative ist zudem der Weg frei für die finanzielle Förderung langfristiger Investitionen in die Klimaneutralität.

Den Kopf nicht in den Sand stecken

Natürlich ist die Lage ernst, aber wir befinden uns nicht zum ersten Mal in turbulenten Zeiten. Schon die Generationen vor uns hatten mit Widrigkeiten zu kämpfen. Mit ruhigem Geist und entschlossenem Handeln überwinden wir auch die aktuellen Herausforderungen.